

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Exportnation Deutschland mit regelbasierter Handelspolitik stärken, statt mit Forderungen zu überfrachten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Scheitern der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien sowie das zunehmend in Frage stehende Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur-Raum müssen endlich zu einem handelspolitischen Erwachen und Umdenken der Bundesregierung führen. Handelsabkommen, die teilweise über Jahrzehnte verhandelt wurden, dürfen nicht länger zerredet, mit Nachforderungen im Nachhaltigkeitsbereich überfrachtet und damit leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Es gilt, diese Abkommen endlich zum Abschluss zu bringen und die Verhandlungen über andere wegweisende Handelsabkommen, wie z. B. mit Indien, schnellstmöglich voranzutreiben. Die Konditionalisierung darf nicht zum Scheitern von Handelsabkommen führen.

Als eine der führenden Exportnationen der Welt und größte Volkswirtschaft in der EU liegt es im nationalen Interesse, sich für offene Märkte und eine regelgebundene internationale Ordnung einzusetzen. Das gilt gerade in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs, in denen es auf jeden wirtschaftlichen Impuls ankommt. In ihrer neuen handelspolitischen Agenda, ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie und ihrer China-Strategie bekennt sich die Bundesregierung zu dem Ziel, durch Diversifikation von Bezugs- und Absatzmärkten bestehende Abhängigkeiten zu verringern. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung und ihre tragenden Fraktionen geschlossen den Abschluss von Handelsabkommen vorantreiben und unterstützen. Deutschland muss hier auch innerhalb der EU eine Führungsrolle übernehmen. Nur mit dem Ausbau bestehender außenwirtschaftlicher Beziehungen mit gleichgesinnten Ländern sowie mit neuen Kooperationspartnern können Lieferketten diversifiziert, einseitige Abhängigkeiten reduziert und die Resilienz der Europäischen Union und Deutschlands erhöht werden. Andernfalls wird es der EU und Deutschland nicht gelingen, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in der Welt zu wahren und angesichts der dynamischen Entwicklungen in anderen Weltregionen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Pragmatismus und die Fokussierung auf die Handelsaspekte – v. a. den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen – sind bei den Verhandlungen über Handelsabkommen gefragt. Den Einfluss auf Drittstaaten erhöhen die Europäische Union und Deutschland nicht, indem ausgehandelte Abkommen „in den Wind geschlagen“ werden oder Verhandlungspartner nachträglich mit zusätzlichen Forderungen z. B. nach sanktionsbewährten Mechanismen im Nachhaltigkeitsbereich konfrontiert

werden, die den Abschluss von Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen auf absehbare Zeit für die Gegenseite unmöglich machen. Die Auswirkungen eines solchen Handelns sind jetzt schon bei derzeitigen und künftigen Verhandlungspartnern spürbar. Potenzielle Handelspartner werden in die Arme anderer Staaten getrieben, die sich mit Nachdruck darum bemühen, ihren Zugang zu Wachstumsmärkten auszubauen und attraktivere Angebote unterbreiten. Wohlstand und Einfluss gewinnen wir nur, wenn eine Kooperation und Verhandlungen auf Augenhöhe angestrebt werden. Andernfalls wird es der EU und Deutschland nicht gelingen, die selbstgesteckten De-Risking- und Diversifikationspläne in die Tat umzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Führungsrolle in der EU einzunehmen und sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass
  - a. die vollständige Ratifikation und Anwendung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU mit den Mercosur-Staaten rasch vorangetrieben werden;
  - b. eine zügige Ratifikation der modernisierten Handelsabkommen mit Chile und Mexiko erfolgen wird;
  - c. die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit Australien schnellstmöglich wieder aufgenommen und zum Abschluss gebracht werden;
  - d. ein Neustart der Verhandlungen über ein Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen mit den USA angestrebt wird und gleichzeitig im EU-US Trade and Technology Council (TTC) die transatlantischen Handelsbeziehungen gefestigt werden;
  - e. die laufenden EU-Vertragsverhandlungen z. B. mit Indien und den ASEAN-Staaten (insbes. Indonesien und Thailand) auf Augenhöhe geführt und nicht durch unrealistische Forderungen v. a. im Nachhaltigkeitsbereich auf unabsehbare Zeit in die Länge gezogen werden;
  - f. im Rahmen einer neuen Afrika-Strategie die Perspektive für Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten vorbereitet wird;
  - g. die europäische Handelspolitik stärker an den geopolitischen Realitäten und geostrategischen Interessen der EU ausgerichtet wird;
  - h. eine ambitionierte bilaterale Handelsagenda verfolgt wird, die verstärkt Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit berücksichtigt, die wirtschaftliche Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten verbessert und diese Aspekte nicht aus ideologischen Gründen den Themen Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeit unterordnet;
  - i. für zukünftige Handelsabkommen der Fokus auf EU-only-Abkommen gerichtet wird und diese zum Standard werden, um schneller und verlässlicher gegenüber unseren Partnern agieren zu können und langfristige Ratifikationsprozesse zu vermeiden;
2. bis zum Abschluss neuer Handelsabkommen auf jegliche Maßnahmen in der Außenwirtschaftspolitik zu verzichten bzw. diese rückabzuwickeln, die deutschen Unternehmen den Export zusätzlich erschweren, wie beispielsweise die neuen exportfeindlichen und diskriminierenden Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien oder das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft angekündigte Ausfuhrverbot bestimmter Pflanzenschutzmittel.

Berlin, den 7. November 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**



